

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Es bleibt alles beim alten ...: Bericht über den Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1959) : Es bleibt alles beim alten ...: Bericht über den Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 9, pp. 491-493

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132852>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Es bleibt alles beim alten . . .“

Bericht über den Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart

Seitdem mit dem Tode Hans Böcklers die koordinierende Kraft des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Schwinden begriffen ist, erwartet man von jedem Bundeskongreß immer wieder, daß es auf ihm zu einer Wiederherstellung des alten Ansehens des DGB komme, daß endlich der „starke Mann“ den Vorsitz übernehmen werde, der durch seine persönliche Autorität das Übergewicht der Industriegewerkschaften und ihrer „Herzöge“ auszugleichen und dadurch den Gewerkschaftsbund in den Stand zu setzen vermag, die Lohnpolitik der einzelnen Gewerkschaften aufeinander abzustimmen und in Zusammenhang damit ein realistisches und vollständiges wirtschaftspolitisches Programm durchzusetzen. Diese Erwartung wurde immer wieder enttäuscht. Der begeisterten Aufnahme, die seinerzeit die wirtschaftspolitische Programmrede von Viktor Agartz in Frankfurt fand, folgte bald der Katzenjammer, als man sich ihres halbtotitären Gehaltes bewußt wurde. Und für die Besetzung des DGB-Thrones wurde es von Kongreß zu Kongreß schwieriger, einen Mann zu finden, der vital, energisch und klug genug war, um das innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften verlorengegangene Ansehen des DGB wiederzugewinnen. Den „Herzögen“ selbst mußte das Überwechseln auf einen Sitz des geschäftsführenden Bundesvorstandes in zunehmendem Maße als Machtverlust und daher wenig attraktiv erscheinen.

Die Atmosphäre der Gastfreundschaft

Vom Kongreß in Stuttgart hat kaum noch jemand erwartet, daß er nun endlich die Wende bringen werde. Daß jedoch die Stimmung so lau und die Diskussion so flau war, mußte fast als Überraschung wirken. Mit Recht stellte die Frankfurter Zeitung fest: „Der Betrachter bekommt den Eindruck, die Delegierten seien hier mehr aus Freude an persönlichen Kontakten zusammengekommen als aus dem Bedürfnis, bedeutsame Fragen zu erörtern.“ Die gastfreundliche Aufnahme, die die Kongreßteilnehmer bei strahlendem Wetter in den üppig schönen Gartenanlagen des Killesberg fanden, mußte diese Stimmung verstärken helfen. Gast-

freundlichkeit ist eben das Öl, auf dem unser Wirtschaftswunder schwimmt, und so waren die Kongreßstreiter selbst mehr vom wirtschaftswunderlichen Geist beherrscht, als dem Kongreß gut tat, wie redlich sie sich auch bemühten, diesen Geist in Rede und Diskussion zu glossieren und zu attackieren.

Schein der Einigkeit statt Übereinstimmung

In dieser Atmosphäre konnte es dem Bundeswirtschaftsminister, der trotz kritischer Bemerkungen zu einigen Gewerkschaftsforderungen im Aktionsprogramm einen recht versöhnlichen Ton anschlug, nicht schwer fallen, bei seinen Hörern besser anzukommen, als zu erwarten gewesen war. Wenn er allerdings den Gewerkschaften sagte, sie brauchten den Kapitalismus wie die Fische das Wasser, so konnte er wohl kaum mit einer Zustimmung rechnen; und wenn er ihnen seinen Glückwunsch zu ihren inneren Auseinandersetzungen aussprach und ihnen wünschte, den Mut zu solchen Auseinandersetzungen zu haben, da dieser Mut ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche sei, so wurde das mit Stillschweigen quittiert und in den folgenden Tagen kaum beherzigt. Ein alter Gewerkschafter meinte bitter: „Früher haben wir uns auf den Kongressen die Meinung gesagt und die Differenzen in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Nachher beim Glase Bier war das ausgestanden, und wir waren wieder gut Freund! Heute ist es umgekehrt!“ — Es gehört eben mit zum Geist unserer Zeit, daß der Schein der Einigkeit den Menschen wichtiger geworden ist als die wirkliche Übereinstimmung, die im gesellschaftlichen Leben nur erzielt werden kann, wenn Meinungsverschiedenheiten in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden und Argumente auch vor dem Auge und Ohr unbeteiligter Dritter bestehen müssen.

Freiwilliger Machtverzicht?

Auch der Paukenschlag Georg Lebers brachte keine anhaltende Bewegung mehr in den Kongreß. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden stellte in seiner vitalen Nüchternheit fest: „Dieser Deutsche Gewerkschaftsbund und dieser geschäftsführende Bun-






Tradition und Fortschritt

verbunden mit den reichen Erfahrungen, die in über hundertzweijähriger Reederei-Arbeit erworben wurden, lieben auch die

HAMBURG-AMERIKA LINIE

wieder zu einer der bedeutendsten Reedereien werden, die heute mit ihrer Flotte regelmäßige, weltweite Dienste unterhält nach

★ **NORDAMERIKA - OSTKUSTE**
 KANADA / GROSSE SEEN
 ★ **NORDAMERIKA - WESTKUSTE**
 MIAMI / Florida
 US-GOLFHÄFEN
 CUBA / MEXICO
 ★ **ZENTRALAMERIKA - WESTKUSTE**
 OSTASIEN / AUSTRALIEN / WESTINDIEN
 MITTELAMERIKA / INDONESIEN

Durchfrachtladung wird von und nach allen Welthäfen übernommen.

Sorgfältige und zuverlässige Beratung und Betreuung in allen Frachtangelegenheiten auch durch unsere Inlandsvertretungen in:

BERLIN - DÜSSELDORF - FRANKFURT - HANNOVER
KÖLN - NÜRNBERG - STUTTGART - WIEN

Schiffs- und Luftpassagen durch HAPAG/LLOYD-
Reisebüros an allen größeren Plätzen

Verschiffung zu Reederei-Konnossementbedingungen

HAMBURG-AMERIKA LINIE

desvorstand sind unfähig, eine so konsequente Politik zu machen und einen so klaren Kurs zu steuern, wie wir ihn alle von ihm fordern, solange er nicht über die genügende Autorität verfügt und bei jedem Wort, das er spricht, den Gewerkschaften nach den Augen gucken muß." Daß sich der allgemeinen Zustimmung, die er bei den Delegierten des Kongresses fand, sogar die meisten der kritisierten Gewerkschaftsvorsitzenden anzuschließen schienen, zeigte, wie unwohl sich die Gewerkschaftsführer selbst bei der Schwäche des DGB fühlen. Aber werden sie über ihren eigenen „Macht-schatten“ springen können und die Organisationsform, das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihrem Bund, nicht nur überdenken, wie Leber es forderte, sondern auch ändern? Eine solche Änderung müßte für sie immer einen Machtverzicht zugunsten des DGB mit sich bringen. Aber wer bringt es heute fertig, einen solchen Machtverzicht freiwillig zu leisten? — Otto Brenner hatte schon vor der Rede Lebers gesagt: „Der DGB kann nur so stark sein, wie wir (die Industriegewerkschaften) es wollen!“ Er hatte dann allerdings hinzugefügt, der Anstoß zu neuen Wegen müsse vom DGB ausgehen. Damit setzte er sich dem Verdacht der Drückebergerei aus. Aber vielleicht wollte Brenner damit nur sagen, daß ein Machtverzicht der Industriegewerkschaften zugunsten des DGB nur Sinn haben könne, wenn dort ein Mann an

der Spitze stehe, der zu überzeugen versteht. Jedoch ein solcher Mann wurde auf diesem Kongreß weder gesucht noch gefunden.

Zur wirtschaftspolitischen Konzeption

Daß ohne Lösung der Personen- und Organisationsfrage auch alles andere bei den Gewerkschaften stagnieren muß, zeigte das große wirtschaftspolitische Referat von Rosenberg deutlich, das zweifellos der Höhepunkt des Kongresses war. Es enthielt ein eindeutiges Bekenntnis zu einer undogmatischen Gestaltung der Wirtschaftspolitik, deren Hauptaugenmerk auf eine Verhinderung und Kontrolle wirtschaftlicher Machtkonzentrationen gerichtet sein müsse. Mit z. T. glänzenden Formulierungen zeichnete Rosenberg den Geist unseres Wirtschaftswunders und kritisierte scharf die Einkommens- und Vermögensverteilung der letzten zehn Jahre. Die Frage jedoch, wie eine andere Einkommens- und Vermögensverteilung praktisch bewirkt werden sollte, konnte er nicht klar beantworten. Offensichtlich hinderte ihn die Rücksichtnahme auf Meinungsverschiedenheiten bei den Industriegewerkschaften daran.

Wenn die Gewerkschaften die Einkommens- und Vermögensverteilung der letzten zehn Jahre kritisieren, so können sie von der Öffentlichkeit eine Berücksichtigung ihrer Kritik nur erwarten, wenn sie auch einen Weg zeigen, der eine Vereinbarkeit ihrer Forderungen mit der Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung sicherstellt. Um das Problem „Vermögensbildung in Arbeiterhand“ können sie daher nicht herumkommen. Zwar kann man wie Rosenberg mit Recht Zweifel haben, ob die Idee vom Volkskapitalismus mehr als ein Propagandatricks ist, solange nur das Eigentum an öffentlichen Unternehmungen in Volksaktien aufgelöst wird und große Wahrscheinlichkeit besteht, daß auch diese Aktien sich bald nicht mehr beim „Volke“ befinden werden. Man kann auch Zweifel haben, ob das Wertpapiersparen überhaupt der Arbeitnehmerschaft schmackhaft genug gemacht werden kann. (Doch wäre es wenig klug, aus prinzipiellen Gründen auch auf eine Einflußnahme auf die Organisation des Wertpapiersparens zu verzichten!) Auf keinen Fall kann man aber das Kapitalbildungsproblem als nicht existent ausklammern. Das, was Rosenberg zu dieser Frage brachte, war offenbar bewußt unvollständig und undeutlich:

„Bei dem seit der Währungsreform entstandenen Vermögen handelt es sich um Vermögen, das durch die Leistung des gesamten Volkes geschaffen wurde. Gewiß haben die Arbeitnehmer an dieser Leistung und die Arbeitnehmer des betreffenden Betriebes an der Leistung dieses Betriebes einen besonderen Anteil. Ihn aber nur betrieblich zu sehen, würde gewiß nicht gerecht sein. Das, was zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer betrieblich getan werden kann, muß sich in Lohn und Gehalt und in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und sozialen Leistungen auswirken. Sie sollen und müssen in barer Münze einen gerechten Anteil an dem erhalten, was sie durch ihre Leistungen am Ertrag des Unternehmens beigetragen haben. Was sich aber als Akkumulation in Sachwerten und Vermögen angesammelt hat und bisher allein dem Eigentümer zufließt, muß in irgendwelcher Form zu angemessenem Teil der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden, die insgesamt durch Dienstleistungen und

über den Preis diese Akkumulation ermöglicht hat. Durch einen aus der Belastung dieser Akkumulation entstandenen Fonds — so glaube ich — könnte man die Möglichkeit schaffen, soziale, kulturpolitische und andere Aufgaben zu erfüllen, die bisher aus staatlichen Mitteln nicht bewältigt werden konnten. Die Frage, inwieweit man außerdem noch den einzelnen Bürger direkt an diesem Vermögen beteiligen kann, bedarf sicherlich eingehender Prüfung.“

Kein neuer Standort

Diese Äußerungen Rosenbergs lassen die entscheidenden Fragen offen und ungeklärt: Wie soll der Sozial- oder Kulturfonds von der bisherigen Vermögensakkumulation abgezweigt werden? Welche Folgen wird das

haben? Soll der Fonds selbst oder nur seine Rendite konsumiert werden? usw. Der Sinn ist auch wohl nur der, daß Rosenberg selbst eine Frage aufwirft, die er für dringend klärungsbedürftig hält, bei der aber gerade innerhalb der Gewerkschaften noch jede Übereinstimmung fehlt.

So hat auch dieser Kongreß des DGB zu keiner neuen Standortbestimmung unserer Gewerkschaften zur Wirtschaftspolitik geführt, die seit Jahren überfällig ist. Auch sonst blieb alles beim alten, und damit das Unbehagen der Gewerkschaften in unserer Marktwirtschaft bestehen.

H. D. O.

Rationalisierung der industriellen Arbeitsvorbereitung

O. Böhm, Hamburg

Die Ursache einer zu teuren industriellen Produktion liegt vielfach in der ungenügenden fertigungstechnischen Vorbereitung der einzelnen Fabrikationsgänge.

Die Arbeitsvorbereitung setzt üblicherweise ein, wenn ein Erzeugnis bestellt wird und der Produktionsplan seine Ausführung vorsieht. Sie muß in engster Zusammenarbeit mit den einzelnen Abteilungen des Betriebes, der Kostenkalkulation, des Vorrichtungsbau und des Ein- und Verkaufs erfolgen. Diesen Organisationsablauf nennt man in der amerikanischen Industrie „Production Planning“.

Einzel- und Serienfertigung

Je nach der Art des Betriebes unterscheidet man Einzel-, Reihen- oder Serienfertigung. In der Einzelfertigung ist die Organisation zwar schwierig, aber weniger intensiv als in der Fließ- und Serienfertigung. Bei der letzteren lassen sich optische Kontrollen infolge der immer wiederkehrenden Operationen gleicher Art leichter durchführen, und bei einem gleichzeitig scharfen Formularwesen wird die Organisation lückenlos funktionieren.

Anders im Klein- oder Mittelbetrieb mit Einzel- bzw. Reihenfertigung, wo man nicht alles und jedes infolge der Vielfalt und Verschiedenheit der Einzeldispositionen vorschreiben kann und man sehr stark auf den „good will“ der Mitarbeiter angewiesen ist. Man muß daher gutdurchdachte Prämienanreize geben und, falls nicht vermeidbar, auch Akkord arbeiten lassen. Denn nur durch einen gesunden Leistungsanreiz wird man bessere Ergebnisse erzielen und zufriedene Mitarbeiter haben.

Fertigungsplanung und Fertigungssteuerung

Zunächst muß man die beiden wichtigsten Begriffe „Fertigungsplanung“ und „Fertigungssteuerung“ klar definieren. Zur Fertigungsplanung zählen alle einmalig zu treffenden Maßnahmen wie Erzeugungsplanung, Fertigungsablauf, Werkstoffplanung, Betriebsmittelplanung, Arbeitskräfteplanung und Fertigungsfreigabe. Die Fertigungssteuerung umfaßt die laufend zu treffenden Maßnahmen, die zur Durchführung eines Auftrages erforderlich sind, wie Auftragsbearbeitung,

Werkstoffbeschaffung und -bereitstellung, Terminbearbeitung, Vorgabe an die Werkstatt und Überwachung des Fertigungsablaufs.

Die Arbeitsvorbereitung wandelt einen vom Konstruktionsbüro kommenden Fertigungsauftrag in einen Werkstattauftrag um. Die begleitenden Unterlagen wie Werkzeichnung, Lauf- bzw. Begleitkarten je Auftrag haben bis zur Fertigmeldung beim entsprechenden Teilstück zu bleiben. Die Lohnzettel werden im Arbeitsverteilerbüro in die Fächer einer Wandtafel oder Sichtkartei gesteckt, so daß ihre Einordnung genau dem Aufbau der Stückliste des Erzeugnisses entspricht. Für jeden fertigen Arbeitsgang erscheint ein Rückmeldezettel, und dieser wird an Stelle des Lohnzettels in die Wandtafel gesteckt bzw. bei einer Sichtkartei der betreffende Kartenreiter entfernt.

Werkstoffbeschaffung und -bereitstellung muß immer von der Arbeitsvorbereitung ausgehen, und eine sog. „Bestellpunktskartei“ sollte gleichlaufend vom Einkauf und von der Arbeitsvorbereitung geführt werden, um immer optimale Lagerhaltung zu gewährleisten. Aufträge, für die noch Werkstoffe oder Fremdlieferteile fehlen, dürfen in keinem Fall an die Fertigungsabteilungen weitergegeben werden, da sonst die Kontrolle über den Arbeitsfortschritt verlorengeht und Anreiz zur berüchtigten „Terminjägerei“ jeder gegen jeden gegeben wird.

Das Arbeitsverteilungsbüro legt die Teilefertigung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten fest, um der Montage fristgemäß den restlosen Teilebedarf zu sichern.

Der Terminplan

Das „Timing“ oder die Terminangabe auf dem Auftrag muß auf Grund des Leistungs- und Belastungsplanes so erfolgen, daß sie eingehalten werden kann. Anfang und Ende jeder Teilleistung muß durch ihre Durchlaufzeit festgelegt werden. Der Leistungsplan soll Klarheit über die mögliche Nutzleistung der Werkstatt schaffen. Sämtliche Arbeitsplätze einer Werkstatt (Maschinen, Werkbänke etc.) sind zusammenzufassen, und die normal mögliche Leistungsfähigkeit ist in Arbeitsstunden einzutragen, und zwar die wirkliche